



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
auf die Fragen der Bundesvereinigung Lebenshilfe für  
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.**

**1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission oder ein nationaler Teilhabe-Rat berufen wird, der den Auftrag erhält, Vorschläge zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in allen Lebensbereichen zu erarbeiten?**

Unser Grundsatz in der Politik für Menschen mit Behinderungen ist die Beteiligung der Betroffenen als Experten in eigener Sache bei allen Entscheidungen. Dies haben wir ausdrücklich in unser Wahlprogramm aufgenommen. Wir haben darauf geachtet, dass bei Veranstaltungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowohl in den Podien als auch bei den Teilnehmern Betroffene aktiv eingebunden wurden. Die Union hat ausdrücklich darauf hingewirkt, dass auch Vertreter der Lebenshilfe als Experten bei Ausschussanhörungen im Deutschen Bundestag vertreten waren. Diese intensiven Diskussionen haben uns wichtige Impulse bei der Gestaltung der Politik für Menschen mit Behinderungen gegeben. Der Dialog mit Menschen mit Behinderungen soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Für die Union ist klar: den Umsetzungsprozess, den wir schon mit einigen Gesetzesinitiativen, beispielsweise mit der Einführung der Unterstützten Beschäftigung und dem Antrag „Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern“ begonnen haben, werden wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Dabei halten wir die Beteiligung von Betroffenen und ihrer Verbände für unerlässlich. In welcher Form, wollen wir mit Betroffenen und Verbänden nach der Wahl erörtern.

**2. Welche konkreten Vorschläge werden Sie unterbreiten, um dem Ziel einer möglichst barrierefrei gestalteten Gesellschaft näher zu kommen? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um durchzusetzen, dass Menschen mit geistiger Behinderung im Lebensalltag, insbesondere im Umgang mit Behörden, Gerichten, Ärzten usw. in leichter Sprache kommunizieren können?**

Eine Voraussetzung für ein Leben in der Gemeinschaft ist eine umfassende Barrierefreiheit. Hierzu gehören nicht nur abgesenkte Bordsteine und

Behindertenparkplätze, sondern auch Anleitungen in leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagfraktion hat sich mit einem Schreiben an die öffentlich-rechtlichen Sender gewandt. Die Rundfunkanstalten wurden aufgefordert, ein TV- und Radionachrichtenformat in leichter Sprache bereitzustellen. Auch in Zukunft wird sich die Union für mehr leichte Sprache im Fernsehen, Radio und Internet einsetzen.

Für Menschen mit Lernschwierigkeiten gibt es zur Bundestagswahl die Kurzfassung des Regierungsprogramms der Union in leichter Sprache. Wir wollen, dass jeder Mensch weiß, für was sich die Union schwerpunktmäßig einsetzt und was wir vorhaben.

**3. Werden Sie sich dafür aussprechen, dass die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen unter Beachtung der Zielvorgabe der Un-Konvention reformiert wird? Wie wollen Sie gewährleisten, dass mit der Reform der Eingliederungshilfe die Weichen dafür gestellt werden, mittelfristig ein eigenes Teilhabegesetz für behinderte Menschen zu schaffen, das auf dem Grundprinzip des Nachteilsausgleichs gestützt und nicht von der Bedürftigkeit eines behinderten Menschen abhängig gemacht wird? Wie wollen Sie sicherstellen, dass behinderte Menschen auch in Zeiten der Wirtschaftskrise den in Artikel 28 der UN-Konvention geforderten „angemessenen Lebensstandard“ für sich selbst und ihre Familien erreichen können?**

**9. Welche Maßnahmen werden Sie der zukünftigen Bundesregierung empfehlen, um die Kommunen finanziell zu entlasten? Werden Sie sich dafür aussprechen, dass der Bund sich an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt, beispielsweise in Form eines Bundesteilhabegeldes?**

Die Union spricht sich seit langem für ein eigenständiges, bedarfsdeckendes Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen aus. Hierzu müssen jedoch zunächst etliche Fragen geklärt werden, beispielsweise welche Leistungen in einem Teilhabesicherungsgesetz berücksichtigt werden sollen, wie sichergestellt werden kann, dass Betroffene tatsächlich bedarfsgerechte Leistungen erhalten und wie die Zusammenarbeit unterschiedlicher Leistungsträger funktionieren kann.

Hierbei muss auch geprüft werden, ob und inwieweit eine Kostenbeteiligung des Bundes in Frage kommt.

Wichtig ist darüber hinaus, dass die Eingliederungshilfe zukünftig flexibler eingesetzt werden kann. Die Leistungen müssen dem Menschen folgen und nicht wie bisher der Mensch den Leistungen. Die Eingliederungshilfe muss aus Sicht der Union teilhabeorientiert sein, um gemeinsame Lebenswelten zu schaffen.

Unser Grundsatz bleibt auch in Zukunft „ambulant vor stationär“. Dies gilt für uns in erster Linie aus Teilhabe- und nicht aus Kostengründen. Unerlässlich ist dabei, dass eine entsprechende Infrastruktur und Unterstützungsnetzwerke geschaffen werden. So soll sichergestellt werden, dass Betroffene, die sich für ambulantes Wohnen entscheiden, trotzdem die benötigte Assistenz im Alltag erhalten und nicht „sozial abstürzen“. Um mehr Menschen mit einer sogenannten „geistigen Behinderung“ Zugang zum Persönlichen Budget zu ermöglichen, wollen wir spezielle Beratungs- und Unterstützungsangebote für diesen Personenkreis.

Die CDU will die sogenannten Gemeinsamen Servicestellen, die diesen Namen auch verdienen. Es kann nicht sein, dass Betroffene und Angehörige von Kostenträger zu Kostenträger geschickt werden, ohne die Hilfen zu erhalten, die sie benötigen. Daher müssen die „Gemeinsamen Servicestellen“ so gestärkt werden, dass sie die im Gesetz vorgesehene qualifizierte, unabhängige Beratung und Koordinierung tatsächlich leisten. Um Hilfen aus einer Hand zu leisten, sind Gemeinsame Servicestellen, Pflegestützpunkte, Pflegeberatungsstellen und ähnliche Stellen zusammenzuführen.

**4. Welche Maßnahmen werden Sie vorschlagen, um zu erreichen, dass auch Menschen mit geistiger Behinderung und mehrfacher Behinderung in privaten Wohnungen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften leben können und alle zur Deckung ihres Bedarfs erforderlichen Leistungen erhalten? Welche Vorschläge werden Sie unterbreiten, um sicherzustellen, dass Menschen mit geistiger Behinderung nicht in Isolation geraten, sondern aktiv am Gemeindeleben teilnehmen können? Unterstützen Sie die Forderung der Lebenshilfe, dass Arbeitgebern, die sich bereit erklären, Menschen mit geistiger Behinderung zu beschäftigen, Assistenzdienste zur Seite**

## **gestellt und Lohnkostenzuschüsse zum Ausgleich des behinderungsbedingten Mehraufwandes gezahlt werden?**

Sind Menschen mit Behinderungen auf Unterstützungsleistungen beim Wohnen angewiesen, so müssen diese Unterstützungsleistungen unabhängig von der Wohnform erbracht werden können. Heutzutage richtet sich der Teilhabebedarf noch zu häufig nach dem Leistungsangebot der stationären Wohneinrichtung. Zukünftig muss es ein Bedarfsfeststellungs- und Hilfeplanverfahren geben, das die individuellen Bedürfnisse des behinderten Menschen in den Mittelpunkt rückt. Dieser personenbezogene Ansatz setzt das Selbstbestimmungsrecht des Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt. Er erleichtert behinderten Menschen, die notwendigen Unterstützungsleistungen in der eigenen Wohnung, einer Wohngemeinschaft oder einer Pflegefamilie zu erhalten. Es müssen Anreize dafür gesetzt werden, eine vielfältigere Angebotslandschaft im Wohnbereich zu schaffen. Bei der Errichtung der o. g. Unterstützungsnetzwerke wird sich die Union auch auf die Kompetenz und die Erfahrungen der Lebenshilfe stützen.

Ein wichtiges Mittel ist, den Leistungsberechtigten als Einkäufer zu stärken. Daher wollen wir das Persönliche Budget ausbauen. Das im Sommer dieses Jahres beschlossene Wohn- und Betreuungsgesetz schafft Sicherheit bei Verträgen außerhalb von Heimen.

Die Union hat sich in der noch laufenden Legislaturperiode für mehr Teilhabe am Arbeitsleben eingesetzt. Die neue Maßnahme „Unterstützte Beschäftigung“ schafft eine Alternative zu einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Insbesondere Abgänger aus Förderschulen werden bessere Chancen haben, in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten. Die Union hat ausdrücklich darauf bestanden, dass dauerhaft ausgelagerte Werkstattplätze rechtlich abgesichert wurden. So bleibt dem Betroffenen, falls das Ziel eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes nicht erreicht wird, erspart, von dem Außenarbeitsplatz abgezogen zu werden.

Die Union will die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben mit dem Ziel fördern, mehr Beschäftigungsverhältnisse am allgemeinen Arbeitsmarkt anzubieten. Menschen mit Behinderungen müssen mehr Möglichkeiten haben, alternativ zu Werkstätten, in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes tätig zu sein. Insbesondere im Bereich des Arbeitslebens wird die Union sich dafür einsetzen, Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu stärken, beispielsweise durch ein Persönliches Budget für Arbeit oder einen Kombi-Lohn für Menschen mit Behinderungen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu diesem Thema zwei Kongresse mit dem Titel „Was behindert Arbeit?“ durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungen werden wir auch weiterhin aufgreifen und politisch umsetzen.

**5. Werden Sie den Vorschlag des Beirats unterstützen, den Pflegebedürftigkeitsbegriff so zu verändern, dass auch Menschen, die auf Hilfen bei der Orientierung und Kommunikation angewiesen sind, an den Leistungen der sozialen Pflegeversicherung partizipieren können? Werden Sie sich in Anlehnung an den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ dafür einsetzen, dass Menschen mit geistiger Behinderung und hohem Pflegebedarf weiterhin einen Rechtsanspruch auf umfassende Teilhabe am Leben der Gesellschaft haben?**

Die Union hat sich bei der Reform der Pflegeversicherung massiv dafür eingesetzt, dass Leistungen der Pflegeversicherung an die Bedürfnisse pflegebedürftiger, behinderter und älterer Menschen angepasst werden. Erstmals, seit die Pflegeversicherung 1995 unter einer unionsgeführten Regierung eingeführt wurde, werden die Leistungen der Pflegeversicherung spürbar angehoben. Es ist uns gelungen, eine Reihe von Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen zu erreichen. So haben wir zum Beispiel eine Aufstockung des Betreuungsbetrags für Menschen mit einer erheblich eingeschränkten Alltagskompetenz erreicht, die bisher keine Pflegestufe hatten. Zu diesem Personenkreis gehören nicht nur Demenzerkrankte, sondern auch Menschen mit einer sogenannten „geistigen“ Behinderung. Anstatt 460 Euro Betreuungskosten jährlich können Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz nun bis zu 2.400 Euro pro Jahr erhalten.

Wir wollen eine neue differenzierte Definition der Pflegebedürftigkeit. Pflegebedürftige mit und ohne Behinderungen sollen die sie betreffenden Entscheidungen soweit wie möglich selbst treffen können. Die daraus folgenden notwendigen Maßnahmen wollen wir gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode in Angriff nehmen. Rehabilitation muss unserer Auffassung nach nicht nur vor der Pflege geleistet werden, sondern auch während der Pflege.

Älter werdende Menschen mit sogenannten „geistigen Behinderungen“ benötigen Versorgungsstrukturen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Werden sie stärker pflegebedürftig, muss dieser pflegerische Bedarf an dem Ort erbracht werden, an dem der Betroffene lebt. Die Union will sicherstellen, dass Leistungen für ältere Menschen mit Behinderungen weiterhin im Rahmen der Eingliederungshilfe erbracht werden. CDU und CSU haben im Rahmen der Palliativversorgung darauf hingewirkt, dass diese auch in Einrichtungen der Eingliederungshilfe gesichert ist.

**6. Welche gesundheitspolitischen Forderungen werden Sie in den Bundestag einbringen, um eine Bedarf deckende medizinische Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung sicherzustellen?**

Trotz des Drucks, unter dem das Gesundheitssystem steht, konnten Einschnitte – wie Ausgliederung von Gesundheitsleistungen und weitere Zuzahlungen – für Menschen mit Behinderungen bei der Gesundheitsreform 2007 vermieden werden. Unter Mitwirkung der Union wurde das Assistenzpflegebedarfsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz konnten nicht alle Betroffenen berücksichtigt werden, sondern bisher nur Menschen mit Behinderungen, die ihre Assistenz im sogenannten Arbeitgebermodell beschäftigen. Diese können künftig diese Assistenz auch zu stationären Aufenthalten in Krankenhäusern etc. mitnehmen. Der Union ist wichtig, dass Menschen mit Behinderungen, die sich für ambulante Wohn- und Lebensformen entscheiden, in dieser Entscheidung unterstützt werden. Dies gilt ebenso für die Versorgung mit Brillen und nicht-verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Menschen mit Behinderungen, die selbstständig wohnen wollen, dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sie, sobald sie das Heim verlassen, alles wieder selber bezahlen müssen. Für die Zukunft müssen wir tatsächlich prüfen, ob bei den ärztlichen Honoraren wie auch bei den Fallpauschalen der Krankenhäuser,

die Leistungen für Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung“ genügend berücksichtigt sind.

Wir wollen, dass auch in Zukunft Jeder in Deutschland – unabhängig von Alter, Einkommen, sozialer Herkunft, Behinderung oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

**7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Zustand, der mit der Achtung der Menschenwürde nicht zu vereinbaren ist, beseitigt wird? (Zusatzbarbetrag)**

Der Zusatzbarbetrag wurde unter der rot-grünen Bundesregierung – gegen den Willen der CDU und CSU – gestrichen. Die Union hat sich in der vergangenen Legislaturperiode für eine bessere finanzielle Ausstattung von Heimbewohnern ausgesprochen und mit einem eigenen Antrag für den vollständigen Erhalt des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner, die einen Eigenbeitrag zur stationären Unterbringung leisten, eingesetzt hat. Dieser Antrag scheiterte jedoch an der rot-grünen Mehrheit, sodass seit dem 1. Januar 2005 neu hinzukommende Heimbewohner kein Zusatztaschengeld mehr erhalten.

Ohne die Zustimmung der Länder kann der Zusatzbarbetrag nicht wieder eingeführt werden. Die CDU-NRW hat jedoch auf ihrem letztem Landesparteitag einen Antrag zur Wiedereinführung des Zusatzbarbetrages beschlossen.

**8. Werden Sie sich dafür aussprechen, dass auf der Grundlage von Modellen, die wissenschaftlich begleitet werden, neue Formen der Unterstützung betreuungsbedürftiger behinderter Menschen erprobt werden, die den Anforderungen des Artikel 12 der UN-Konvention genügen und die Anordnung von rechtlicher Betreuung überflüssig machen? (Änderung Betreuungsrecht)**

Im Rahmen von Modellprojekten können wir uns die Erprobung neuer Formen der Assistenz betreuungsbedürftiger Menschen vorstellen. Konkrete Überlegungen hierzu gibt es bisher jedoch nicht.

**10. Welche Forderungen werden Sie erheben, um sicherzustellen, dass in Deutschland behindertes Leben umfassend geschützt wird? Wie wollen Sie verhindern, dass im Bereich der Biomedizin und der Humangenetik Verfahren zugelassen werden, die im Ergebnis darauf abzielen, zwischen lebenswertem- und unwertem Leben zu unterscheiden, und dass medizinische Eingriffe ohne Einwilligung der betroffenen Menschen mit geistiger Behinderung im Drittinteresse vorgenommen werden dürfen?**

In der politischen Debatte und in der Gesetzgebung wird die Union darauf achten, dass die Würde des Menschen unabhängig von Alter, genetischer Konstitution, Gesundheitszustand und Behinderungen gilt. Wie keine andere Partei hat die Union dies in der Vergangenheit bewiesen. Die gegen immensen Widerstand durchgesetzten Änderungen bei (Spät-) Abtreibung nach Pränataldiagnostik sind eine Initiative der CDU/CSU. Im neuen Gendiagnostikgesetz hat die Union das Verbot von Pränataldiagnostik auf spätmanifestierende Erkrankungen wie z. B. Brustkrebs oder Alzheimer durchgesetzt. Die CDU hat einen Parteitagebeschluss gegen Präimplantationsdiagnostik gefasst. In der Stammzelledebatte und bei den Patientenverfügungen, wo es nur fraktionsübergreifende Gruppenanträge gab, hatten die im Sinne des Lebensschutzes konsequentesten Vorlagen jeweils die meiste Unterstützung aus den Reihen der Union.